

Mitteilung des Statistischen Bundesamts v. 27.7.2022

[Nach vier Jahren Rückgang](#) ist die Zahl der Inobhutnahmen in Deutschland erstmals wieder angestiegen. Im Jahr 2021 haben die Jugendämter rund 47.500 Kinder und Jugendliche zu ihrem Schutz vorübergehend in Obhut genommen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, waren das knapp 2.100 Fälle oder 5 % mehr als im Vorjahr. Besonders stark fiel die Zunahme mit über 3.700 Fällen oder **49 % bei Inobhutnahmen nach unbegleiteten Einreisen** aus dem Ausland aus.

Zurückgegangen sind dagegen auch im zweiten Corona-Jahr 2021 die Inobhutnahmen aufgrund dringender Kindeswohlgefährdungen: Hier registrierten die Behörden rund 1.800 Fälle oder 6 % weniger als 2020. Etwas mehr Kinder und Jugendliche als im Vorjahr haben sich mit der Bitte um Inobhutnahme selbst an ein Jugendamt gewandt (+170 Fälle oder +2 %), nachdem die Zahl der Selbstmeldungen 2020 deutlich zurückgegangen war (-800 Fälle oder -10 % gegenüber 2019). Damit wurden 2021 insgesamt

- Rund 28.500 Inobhutnahmen (60 %) wegen dringender Kindeswohlgefährdungen,
- knapp 11.300 nach unbegleiteten Einreisen (24 %)
- gut 7.700 (16 %) aufgrund von Selbstmeldungen

durchgeführt. Bei der Interpretation der Ergebnisse sind auch die coronabedingten Schutzmaßnahmen zu berücksichtigen: So lässt sich anhand der Daten nicht ausschließen, dass der erneute Rückgang der Inobhutnahmen aufgrund von dringenden Kindeswohlgefährdungen 2021 auch mit den allgemeinen **Kontaktbeschränkungen in Zusammenhang steht**. Einschränkungen im Schul- oder Kitabetrieb können zum Beispiel dazu beigetragen haben, dass ein Teil der Kinderschutzfälle unentdeckt geblieben und das Dunkelfeld dadurch gewachsen ist. Die amtliche Statistik erfasst nur jene Fälle, die den Behörden bekannt gemacht wurden.

Hauptgründe bei Kindern und Jugendlichen

Im Kindesalter standen im Jahr 2021 andere Gründe für eine Inobhutnahme im Vordergrund als im Jugendalter. Knapp 20.200 (42 %) aller in Obhut genommenen Jungen und Mädchen waren 2021 unter 14 Jahre alt, also noch im Kindesalter. In gut der Hälfte dieser Fälle war der Anlass der Inobhutnahme die **Überforderung der Eltern** (53 %). Eine besondere Bedeutung kam bei den Kindern auch dem **Schutz vor Vernachlässigung** (26 %) und vor körperlichen (18 %) sowie psychischen **Misshandlungen** (12 %) zu.

Etwas anders war das Bild bei den knapp 27.400 Jugendlichen von 14 bis unter 18 Jahren: Hier wurden die

Inobhutnahmen am häufigsten nach unbegleiteten Einreisen aus dem Ausland eingeleitet (38 %). Eine wichtige Rolle spielten auch Überforderungen der Eltern (24 %) und allgemeine Beziehungsprobleme (12 %). Jedes achte Kind (12 %) und fast jeder dritte Jugendliche (31 %) war vor der Inobhutnahme **von zuhause ausgerissen**.

Jungen wurden 2021 mit 56 % zwar etwas häufiger in Obhut genommen als Mädchen. Dies ist jedoch ausschließlich auf den **hohen Jungenanteil an den unbegleitet eingereisten Minderjährigen** zurückzuführen. Ohne deren Berücksichtigung lag der Jungenanteil an allen Inobhutnahmen 2021 mit 46 % sogar knapp unter dem der Mädchen.

Gut jede zweite Inobhutnahme wurde nach spätestens zwei Wochen beendet

Die meisten Minderjährigen wurden vor der Inobhutnahme von beiden Eltern gemeinsam (25 %), einem alleinerziehenden Elternteil (22 %) oder durch ein Heim betreut (13 %). Gut jeder zweite Fall konnte nach spätestens zwei Wochen beendet werden (53 %) und sogar etwa jeder dritte innerhalb von fünf Tagen (34 %). Jede achte Inobhutnahme dauerte mit drei Monaten oder mehr jedoch vergleichsweise lang (12 %).

Der Großteil der betroffenen Kinder und Jugendlichen war während der Inobhutnahme **in einer geeigneten Einrichtung**, zum Beispiel einem Heim, untergebracht (80 %). Danach kehrte über ein Drittel der Jungen und Mädchen an den bisherigen Lebensmittelpunkt – zu den Sorgeberechtigten, in die Pflegefamilie oder das Heim – zurück (35 %). Knapp ein weiteres Drittel der Kinder und Jugendlichen bekam dagegen **ein neues Zuhause** in einer Pflegefamilie, einem Heim oder einer betreuten Wohnform (31 %).

Quelle: Pressemitteilung Nr. 315 des Statistischen Bundesamts v. 27.7.2022